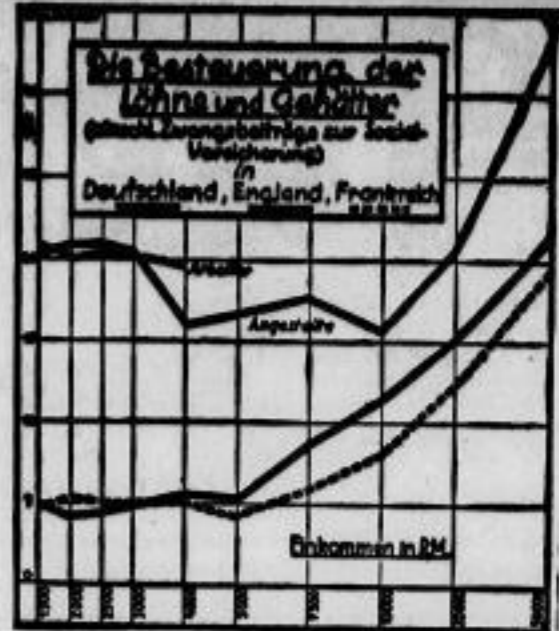


Die Stats-Notverordnung

Berlin, 1. Juli. Nach der jetzt vorliegenden Verordnung des Reichspräsidenten über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches im Rechnungsjahr 1933 sind die Einnahmen und Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1933 mit je 8219 Millionen RM veranschlagt. Dem Schuldentilgungsfonds werden reichseigene Reichsbahnvorkaufaktien zugeführt, und zwar in Höhe des planmäßigen Tilgungsbetrages. Die Tilgungsverpflichtung wird hiermit als erfüllt betrachtet. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, zur Uebernahme von Garantien in Höhe von 350 Millionen RM zur Außenhandelsförderung, in Höhe von 250 Millionen RM für den Kleinwohnungsbau, in Höhe von 150 Millionen RM für Siedlungszwecke und in Höhe von 100 Millionen RM für Teilung und Instandsetzung von Mitwohnungen, schließlich zur Uebernahme der Garantie dafür, daß für die aus Reichsbesitz im Rechnungsjahr 1933 zum Verkauf kommenden Reichsbahnvorkaufaktien jährlich eine Dividende von mindestens 7 Prozent gezahlt wird. Die bisherigen Garantiermächtigungen des Reichsfinanzministers bleiben in Kraft. Von den Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung erhält die Reichsknappschaft im Rechnungsjahr 1933 den Teilbetrag von 12 Millionen RM. Freiwerdende Planstellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes dürfen nur mit geeigneten Wartegeldempfängern oder mit Versorgungsmännern besetzt werden. Das gleiche gilt für die Hälfte der freiwerdenden Stellen des gehobenen mittleren Dienstes. Diese Bestimmungen gelten für die Reichspost mit der Maßgabe, daß der entsprechende Prozentsatz beim unteren Dienst 80 Prozent und im einfachen mittleren Dienst 90 Prozent beträgt. Ueber die letzten 10 Prozent der bewilligten schließlichen Ausgaben darf von den einzelnen Behörden, soweit nicht

die Verpflichtung zur Leistung auf Grund eines Gesetzes besteht, nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers verfügt werden.

Nach dem aufgestellten Plan betragen die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung rund 7718 Millionen RM. Es sollen erbringen Post- und Verkehrssteuern 4757 Mill. RM, Zölle und Verbrauchsabgaben 2707 Mill. RM, das Bank- und Münzwesen 127 Mill. RM und Dividenden usw. von der Reichsbahn rund 119,8 Mill. RM. Die Einnahmen der Reichspost sind mit 248,5 Mill. RM, die des Reichsfinanzministeriums mit 74,1 Mill. RM und die des Reichsverkehrsministeriums mit 29,4 Mill. RM veranschlagt. Von den Ausgaben beansprucht die allgemeine Finanzverwaltung 2270 Mill. RM. Auf das Reichsarbeitsministerium entfallen an laufenden Ausgaben 1560 Mill. RM, auf Versorgungs- und Ruhegehälter 1183 Mill. RM, auf den Dienst der Reichsschuld 943 Mill. RM, auf das Reichswehrministerium 578 Mill. RM, auf Kriegslasten 470 Mill. RM, auf das Reichsfinanzministerium 116 Mill. RM, auf das Reichsverkehrsministerium 58 Mill. RM, auf das Auswärtige Amt 52 Mill. RM, auf das Reichsinnenministerium 30,8 Mill. RM, auf das Reichswirtschaftsministerium 13,3 Mill. RM, auf das Reichsjustizministerium 13,1 Mill. RM. Die Summe der einmaligen Ausgaben beträgt 319 Mill. RM; davon entfallen u. a. auf das Reichswehrministerium 98,2 Mill. RM, auf das Reichsernährungsministerium 56,9 Mill. RM, auf das Reichsverkehrsministerium 54,4 Mill. RM, auf das Reichsfinanzministerium 20,5 Mill. RM, auf das Reichswirtschaftsministerium 6,8 Mill. RM und auf das Reichsinnenministerium 6,8 Mill. RM.



Vergleich der Steuerbelastung der Löhne und Gehälter in Deutschland, England und Frankreich

Unsere graphische Darstellung veranschaulicht die Belastung des Einkommens aus selbständiger Arbeit durch Einkommens- und Ertragsteuern einschließlich der Zwangsbeiträge zu den Sozialversicherungen in den drei wichtigsten europäischen Ländern, (bei den niederen Einkommen das Versehen der Prozenzfähigkeit). Schon dieser Beweis mag den ausländischen Mächten zeigen, daß das Deutsche Reich, das von seinen Untertanen solche ungeheure Opfer verlangen muß, an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist.

selben Firma vorgenommen werden. Der Wert (Kurs) ihrer beiderseitigen Rechnungseinheiten kommt zustande wie jede Preisbildung, unter der Einwirkung von Angebot und Nachfrage. Der Wechselkurs kann also unter diesen Einwirkungen nicht stabil bleiben, was für die Wirtschaft aber auch bedeutungslos ist, wenn die Goldwährung wegfällt. Da aber jeder Defizient in der Währung seines Landes bezahlt werden muß, wird die deutsche Einfuhr mit dem Erlös der deutschen Währung bezahlt und umgekehrt. Eine passive Handelsbilanz kann es bei der Ingerwährung nicht geben. Sobald unsere Einfuhr die Ausfuhr übersteigt, steht auf dem Devisenmarkt eine große Devisennachfrage einer kleinen Marktnachfrage gegenüber, oder mit anderen Worten, ein großes Marktangebot einem kleinen Devisenangebot. Der Marktkurs sinkt und der Devisenkurs steigt. Dieser Zustand aber führt ganz automatisch zu einer Ausfuhrsteigerung, da die zu einem günstigen Devisenkurs billig erwerbene Mark aus dem Ausland zum Kauf deutscher Waren anregt; es lohnt sich, deutsche Waren auszuführen. Die Kaufkraftfeständigkeit der Mark hat mit dem Wechselkurs nichts zu tun, denn sie wird ja stabil gehalten durch das Regulieren der Geldmenge nach dem Barometer des Inger.

Außerordentlich nutzbringend ist es, wenn man sich demgegenüber die Verhältnisse vor Augen hält, wie sie heute unter der Goldwährung herrschen. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Wechselkurse heute genau so ausfallen können, wie unter der Ingerwährung, nur sind die Kursschwankungen begrenzt von den sogenannten "Goldpunkten". Zeigt die Einfuhr einen Ueberschuß, dann sinkt der Kurs der Mark, er würde bei ungenügendem Einfuhrüberschuß weiter sinken, bis, wie wir vorher sahen, der Umschlag von der Einfuhr zur Ausfuhrsteigerung eintreten würde, wenn nicht der untere Goldpunkt dem entgegenstände. Ist nämlich der Kurs der Mark bei diesem Punkte angelangt, dann sinkt die Mark nicht mehr weiter, dann fließt das Gold ab; denn es ist dann die billigste Exportware. Der Amerikaner, der z. B. Dollarweissen zu einem Kurs von 4.23 Mark (tiefer Stand der Mark, unterer Goldpunkt) abgibt, macht das bessere Geschäft, wenn er einige Goldbarren für die erlaubene Marksumme einfordert und nach Amerika verschicken läßt, als wenn er eine deutsche Ware ersehen würde. Er erhält in seinem Lande aus dem Erlös aus den Goldbarren mehr Ware, als er in Deutschland für die Summe Reichsmark erhalten würde, die Warenpreise Deutschlands sind zu hoch, um einen Export lohnend zu gestalten. Von dem Augenblick an, wo der untere Goldpunkt erreicht ist, wird im wesentlichen nur noch Gold exportiert. Der Warenexport setzt bis auf weiteres aus. Es ist also klar: der untere Goldpunkt verhindert ein Abgleiten des Markkurses bis zu dem Punkte, wo der Anreiz zur Ausfuhrsteigerung liegen muß. Könnte der Wechselkurs der Mark noch etwas tiefer sinken, dann müßten für den Dollar vielleicht 4.40 oder 4.50 Mark bezahlt werden. Für eine bestimmte Summe Devisen beläme also der Ausländer eine größere Summe Mark, mit der er, wenn die deutschen Warenpreise sich nicht ändern, auf dem deutschen Markt erscheinen würde. Der Umschlag zur Ausfuhrsteigerung könnte eintreten. Das ist unter der Goldwährung nicht möglich. Bei einem Dollarkurs von 4.23 Mark verschwindet der letzte Amerikaner vom deutschen Markt. Dafür öffnen sich die Keller der deutschen Reichsbank, aus denen nun die Goldbarren abwandern.

Was geschieht aber nun in Deutschland? Mit dem Abfluß des Goldes müssen die Notenbanken ihren Notenumlauf verringern, Kredite an die Wirtschaft einschränken, also die Produktion abdroffeln. Mit dem Zufluß von Gold können sie den Notenumlauf erweitern, Kredite ausgeben und damit die Produktion beleben. Gebehen und Verderben, Aufschwung und Niedergang sind abhängig von den Wanderungen des Goldes. Man kämpft um dieses Metall nur, weil man sich noch nicht genügend überzeugen konnte, daß die Kaufkraft des Geldes nichts mit seinem Stoffwert zu tun hat.

Es leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß die Ingerwährung der Fremdwirtschaft einen viel reibungsloseren Verkehr mit dem Auslande gewährleistet als die Goldwährung. Um mit kurzen Worten den Unterschied zu kenn-

Neue Opfer des entfesselten Parteihasses

Kommunistischer Ueberfall auf Nationalsozialisten, 1 Toter
Berlin, 2. Juli. Von zwei unbefleckten Motorrädern mit Beiwagen aus wurden mehrere Schüsse auf einen nationalsozialistischen Trupp abgegeben. Der 32 Jahre alte Hans Steinberg wurde getötet. Zwei Verletzte wurden ins Virchow-Krankenhaus gebracht.

Zusammenstoß in Stuttgart

Stuttgart, 1. Juli. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Demonstration kam es gestern abend in der Altstadt zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Fünf Personen wurden schwer verletzt.

Von einem Kommunisten niedergestochen

Kaiserslautern, 1. Juli. Ein Wirtsohn aus Morlautern wurde gestern von einem Erwerbslosen, der der kommunistischen Partei angehören soll, niedergestochen. Er starb bald darauf.

Ein Kommunist in Göttingen getötet

Göttingen, 1. Juli. Zwischen Nationalsozialisten, die auf Lastkraftwagen von der Verdringung eines SA-Mannes zurückkehrten, kam es in der Stadt zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Ein Kommunist wurde durch einen Schuß getötet, fünf weitere Personen wurden schwer verletzt, zwei von ihnen lebensgefährlich.

Krawalle in Bremen

Bremen, 1. Juli. Im Vorort Gröppelingen kam es heute abend zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei denen es zahlreiche Verletzte gab. Eine Apotheke, aus der Verbandstempel geholt werden sollte, wurde völlig demoliert, ein Straßenbahnwagen wurde umgestürzt und quer auf die Straße geschoben, um als Barrikade zu dienen. Auch ein Mannschaftswagen der Feuerwehr wurde umgestürzt.

Vier Schwerverletzte in Bremen

Bremen, 2. Juli. Die Unruhen im Stadtteil Gröppelingen dauerten gestern abend noch an, so daß die Polizei die Zugangsstraßen zum Versammlungsort der Nationalsozialisten durch Drahtverhaue absperren mußte. Die SA-Leute mußten unter starkem Polizeischutz den Heimmarck antreten. Unter den gemeldeten Verletzten befinden sich ein lebensgefährlich und drei schwer verletzte SA-Leute.

Koffhändlertag in Dortmund

Dortmund, 1. Juli. Der vierte deutsche Reichskriegertag wurde heute mit einem Presseempfang eingeleitet, bei dem der Führer des Koffhändlerbundes, General a. D. Horn, die Ziele des Bundes erläuterte. Der zweite Präsident des Koffhändlerbundes, General von Beck, betonte, die Bayern hätten es stets als schmerzhaft empfunden, wenn von Zeit zu Zeit an ihrer Reichstreue gezweifelt werde. Er sehe es als eine Fehlentwicklung an, wenn die Länder des Reiches zu Provinzen herabgedrückt würden.

Schwerer politischer Zwischenfall

Zwei Tote, zahlreiche Verletzte

Belgrad, 1. Juli. Heute wollte in dem mitteleuropäischen Marktort Ueb der ehemalige Präsident der Serbischen Bauernpartei und langjährige Abgeordnete Lazitsch anlässlich des Wochenmarktes eine Versammlung abhalten. Die Gendarmerie versuchte, ihn daran zu hindern, wurde aber von den Anhängern des Lazitsch mit Steinen beworfen und beschossen. Sieben Gendarmen wurden verletzt. Darauf erwiderten die Gendarmen das Feuer und töteten zwei Personen, darunter auch den Mann, der geschossen hatte. Außerdem wurden mehrere Bauern verletzt. In der allgemeinen Verwirrung gelang es Lazitsch, zu verschwinden.

Grundsteinlegung zu einer deutschen Schule

Belgrad, 1. Juli. Im Beisein des Vertreters des Unterrichtsministers, des deutschen Gesandten v. Hasel, des österreichischen Gesandten und unter zahlreicher Anteilnahme der hiesigen deutschen Kolonie fand heute die feierliche Grundsteinlegung zur deutschen Schule statt, die von der evangelischen Kirchengemeinde zusammen mit dem deutschen Schulverein Belgrad an Stelle der bisherigen deutschen Schule errichtet wird.

Burgfrieden an der Berliner Universität

Berlin, 1. Juli. Dem Rektor der Universität liegen die schriftlichen Erklärungen der studentischen Vertreter aller politischen Richtungen vor, daß die einzelnen Gruppen gewillt sind, den Burgfrieden in der Universität zu halten, damit der geregelte Lehrbetrieb aufrecht erhalten werden kann und daß sie die feste Absicht haben, sich aller Provokationen zu enthalten.

Der Außenhandel in der Freiwirtschaft

Von der Ortsgruppe Aue des Bundes Sächsischer Freiwirte wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung geschrieben:

Ein Einwand gegen die Freiwirtschaft, der häufig erhoben wird, lautet ungefähr so: „Ja, die Freiwirtschaft ist eine ganz schöne Sache; sie ist eigentlich zu schön, als daß man daran glauben könnte. Vor allem ist sie deswegen unmöglich, weil kein Ausländer das deutsche Freigeld annehmen wird, weil also dann ein Außenhandel vollkommen unmöglich ist oder, mit anderen Worten, die Freiwirtschaft kann erst dann eingeführt werden, wenn sich alle Länder dazu belassen.“ Es gibt nun zwei Klassen von Menschen. Die eine glaubt etwas, wenn man eine Autorität ins Feld führen kann, die irgendetwas bestätigt. Die andere dagegen, die man etwa die kritische nennen könnte, ist nur dann zu gewinnen, wenn sie durch die Logik überzeugt wird.

Den einen sei gesagt, daß Sir St. Cripps, der Vizepräsident der englischen Arbeiterpartei, vor einiger Zeit im Transportarbeiterhaufe in London vor ca. 200 Delegierten erklärt hat, die Partei habe das Freigeld in ihr Programm aufgenommen. Dabei bemerkte er, eine besonders großartige Eigenschaft dieses Währungssystems sei es, daß es sofort unabhängig von anderen Staaten eingeführt werden könne.

Für die kritisch Veranlagten müssen wir etwas weiter ausholen. Nehmen wir an, die Freiwirtschaft sei in Deutschland eingeführt und alle anderen Staaten blieben bei ihrer Goldwährung. In Deutschland bekommt man dann für die Mark, die so immer die gleiche Kaufkraft hat, zu jeder Zeit eine bestimmte Menge Güter. Deshalb hat die deutsche Mark im Ausland auch irgend einen Preis. Wenn die deutschen Konsumenten für Apfelsinen einen Preis bezahlen, den in Italien niemand anlegt, dann verkauft uns Italien Apfelsinen, soviel wir haben wollen und nimmt unsere Mark gern in Zahlung, weil der italienische Kaufmann mit diesem großen Marküberschuss in Deutschland mehr Waren kaufen kann, als mit dem aus derselben Menge Orangen in Italien erlösten Bire-Betrag. Gelingt es ihm dann noch, in Deutschland eine Ware zu ersehen, die in Italien abzugeben ist: Solinger Stahlwaren, Hamische und pharmazeutische Produkte, Farben, Maschinenteile und ähnliches, dann macht er ein sehr gutes Geschäft, ohne daß dazu Gold nötig ist. Im allgemeinen ist es jedoch nicht möglich, daß Export- und Importgeschäft von ein- und der-

weiche...
preise...
begreif...
den B...
Goldw...
Wirtsch...
der am...
schnitt...
zwischen...
nicht...
und sei...
3...
wohl a...
halb er...
nach e...
neue R...
bigkeit...
also in...
gewis...
zwar e...
nehmer...
Nährung...
Ge...
geregelt...
ausdruc...
währt...
beltnen...
je nach...
oder na...
zwischen...
jungen...
können...
Gewähr...
sehen...
brauch...
währt...
Eine W...
ber ent...
nicht zu...
Anweisu...
Entschab...
Dienstfal...
ereignis...
tragsm...
Die...
beitgeben...
Umlauf...
oder ver...
nachträg...
durch de...
Gewähr...
die ent...
Ein...
treten...
gründete...
den muß...
ben, der...
Umlauf...
Ein 3...
Im...
machung...
Zeitungs...
Uml...
und 8...
gegen...
(K...)
ordnung...
fahrung...
tungen...
ersten...
Innern...
politische...
Bl. I...
der Biffe...
sers des...
des Reich...
vom 14...
1932...
in Alton...
die Dauer...
schließlich...
Das...
lag ersch...
angebl...
darf...
Riel...
Der Ober...
In...
möge...
Uml...
Be...
gestern...
binnen...
Im Riede...
Laubene...
staltung...
sen. In...
faum ein...
lagen die...
Ber...
brande, de...